



KATHOLISCHE
ELTERNSCHAFT
DEUTSCHLANDS

KED in NRW
Landesverband

Winter 2005

KED Kurrier

Elternmitwirkung macht Schule

Die KED in NRW ist als Verband von erheblicher Bedeutung beim Ministerium für Schule in Nordrhein-Westfalen anerkannt.

IN DIESER AUSGABE

Wort der Deutschen Bischöfe zum Religionsunterricht	3
Brief an die Ministerin	10
Rita Süßmuth zu Schulfragen	16
Gnade für die Pauker	19

Geh an die Krippe
und lass das Wunder
in dich ein,
dass all deine Hoffnungen
noch lange nicht
ausgeträumt sind.

Christa Spilling-Nöker

Liebe Eltern, liebe Leserin, lieber Leser!

Die Adventszeit ist die Zeit der Besinnung, auch wenn diese häufig in Betriebsamkeit verloren zu gehen droht. In Familien mit Kindern kann man die Vorweihnachtszeit ganz bewusst erleben, die Gefahr der Hektik ist aber auch besonders groß. Eine Vielzahl an Adventskonzerten, -feiern, -basaren – alles verdrängt schnell die Besinnung. Auch Plätzchen backen oder Weihnachtsbasteln kann zu Adventsstress werden.

Wenn Sie sich – gerade jetzt – Zeit nehmen für die wichtigen Dinge im Leben, legen Sie damit bei Ihren Kindern Grundsteine, Wesentliches von Zeitströmungen und Schnelllebigem unterscheiden zu können. Nehmen Sie sich Zeit füreinander, machen Sie aus der Adventszeit eine Zeit des bewussten Erlebens und genießen Sie die

Gemeinsamkeiten neben dem ganzen Trubel. Erlauben Sie sich Träume und Hoffnung – Vertrauen auf Gott –, auch wenn viele Menschen das Weihnachtsfest in Not, von Krieg oder Naturkatastrophen betroffen, erleben. Besinnen Sie sich mit Ihren Kindern auf den Inhalt des Weihnachtsfestes, die Geburt Jesu Christi, DAS Geschenk für uns Christen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und glückliches Weihnachtsfest, ein Fest des Friedens und der Freude, für das neue Jahr neben Gesundheit und Zufriedenheit gute Erlebnisse und Erfahrungen – und liebe Menschen, die dieses mit Ihnen teilen.

Zu all dem Gottes Segen.

Ihre



Dr. Barbara Balbach, Vorsitzende der KED in NRW

„Der Religionsunterricht vor neuen Herausforderungen“

Der Religionsunterricht steht durch die Schulreform und die veränderte religiöse Situation von Kindern und Jugendlichen heute vor neuen Herausforderungen. Um die Aufgaben und Ziele des katholischen Religionsunterrichts vor diesem Hintergrund konkreter zu beschreiben und sein Profil im Fächerkanon der Schule zu stärken, haben die deutschen Bischöfe den Text „Der Religionsunterricht vor neuen Herausforderungen“ verfasst, der heute als Broschüre veröffentlicht wird. Er richtet sich in erster Linie an die Religionslehrerinnen und Religionslehrer sowie an die Verantwortlichen in der Religionslehreraus- und -fortbildung. Ihre Arbeit will das Bischofswort unterstützen und „Impulse für die Weiterentwicklung des Religionsunterrichts geben“, so der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, im Vorwort.

Viele Kinder und Jugendliche sind heute kaum mehr religiös sozialisiert. Deshalb ist für sie der Religionsunterricht in der Schule der wichtigste und oft einzige Ort, an dem sie den christlichen Glauben kennen lernen. Religionslehrerinnen und -lehrer können dabei häufig nicht mehr an religiöse Erfahrungen anknüpfen, die die Schülerinnen und Schüler in der Familie und in der Gemeinde gemacht haben. Umso wichtiger ist es, dass die Schüler im Religionsunterricht die Grundlagen des christlichen Glaubens kennen lernen und im Sinne des aufbauenden Lernens einen Einblick in die innere Struktur und Logik des christlichen Glaubens erhalten. Damit entspricht der konfessionelle Religionsunterricht auch einer Forderung der gegenwärtigen Schulreform, die eine Stärkung des Grundwissens in allen Fächern anzielt.

Der gelehrte Glaube erfordert zugleich den gelebten Glauben. Deshalb ist es eine Aufgabe des Religionsunterrichts, Schülerinnen und Schüler mit Formen gelebten Glaubens vertraut zu machen. Das kann im Unterricht geschehen. Es erfordert aber vor allem eine stärkere Zusammenarbeit mit den kirchlichen Orten gelebten Glaubens, der Pfarrgemeinde, dem nahe gelegenen Kloster, der Caritas-Station oder einer kirchlichen Jugendgruppe.

Gesprächsfähigkeit und Toleranz sind unverzichtbare Voraussetzungen für das Zusammenleben und die Verständigung mit Menschen unterschiedlicher religiöser oder säkularer Überzeugungen und Lebensstile. Schülerinnen und Schüler sollen deshalb im Religionsunterricht lernen, einen eigenen Standpunkt einzunehmen und ihn argumentativ zu vertreten. „Echte Dialogbereitschaft ist eine Kardinaltugend der pluralistischen Gesellschaft“, so die Bischöfe.

Die Einführung von Bildungsstandards, die genauer als herkömmliche Lehrpläne beschreiben, was Schülerinnen und Schüler am Ende einer Jahrgangsstufe oder am Ende ihrer Schulzeit wissen und können sollen, sowie die größeren Gestaltungsspielräume der einzelnen Schulen



Jugendliche sind heute kaum mehr religiös sozialisiert.

„Echte Dialogbereitschaft ist eine Kardinaltugend“

in der pädagogischen Schwerpunktsetzung, bei der Verwendung der Finanzmittel und in Personalfragen erfordern ebenfalls eine Weiterentwicklung des Religionsunterrichts, für die das Bischofswort Anregungen gibt. Es ermutigt Lehrer, Eltern und Schüler, sich im gegenwärtigen Prozess der Schulreform für eine humane Gestaltung des Schullebens einzusetzen und unterstreicht den Beitrag von Religionsunterricht und Schulpastoral zur Schulkultur. ■

Hinweis:

Zum Wortlaut: Der Religionsunterricht vor neuen Herausforderungen Einzel Exemplare des Wortes der deutschen Bischöfe Nr. 80 „Der Religionsunterricht vor neuen Herausforderungen“ können beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz kostenlos bezogen werden (Tel.: 0228/103-205, Fax: 0228/103-330, E-Mail: broschueren@dbk.de).

Marie-Theres Kastner neue Bundesvorsitzende,
Prof. Walter Eykmann Ehrenvorsitzender

Neuwahl im Bundesvorstand der KED

Mainz, den 1.10.2005 (KED) – Im Bundesverband der Katholischen Elternschaft Deutschlands (KED) gibt es nach fast 15 Jahren einen Führungswechsel. In der turnusmäßigen Mitgliederversammlung in Mainz wurde Frau Marie-Theres Kastner aus Münster mit überzeugender Mehrheit zur neuen Vorsitzenden gewählt. Die 55-jährige Landtagsabgeordnete in Nordrhein-Westfalen, selbst vierfache Mutter, folgt Prof. Dr. Walter Eykmann aus Würzburg, der nicht wieder kandidiert hatte. Für seine Verdienste um die Gemeinschaft wurde er zum Ehrenvorsitzenden gewählt.



Eykmann, seit 1978 Mitglied des Bayerischen Landtags, hatte den Vorsitz der 1954 in Würzburg gegründeten KED im Januar 1991 übernommen. Es war die Zeit der Wiedervereinigung Deutschlands. Für Eykmann gehörte die Gründung von Diözesan- und Landesverbänden in den neuen Bundesländern zu einer wichtigen Aufgabe. Unter der neuen Vorsitzenden sieht Eykmann die KED auf einem weiterhin erfolgversprechenden Weg. ■

Der neue Bundesvorstand der KED v.l.: Christoph Rink (Magdeburg), Monika Korthaus-Lindner (Vorsitzende der KED Hildesheim), Dr. Brigitte Weidner Kleine (Vorsitzende der KED im Erzbistum Freiburg), Thomas Reuß (Rottenburg-Stuttgart), Marie-Theres Kastner (Münster), Heribert Stock (Vorsitzender des Landesverbandes der KED in Hessen), Edmund Speiseder (Regensburg)

Die neue Bundesvorsitzende der KED, Marie-Theres Kastner stellt sich vor

„Als neu gewählte Vorsitzende der Katholischen Elternschaft Deutschlands möchte ich mich Ihnen kurz vorstellen und erste Überlegungen zu meiner zukünftigen Arbeit benennen.

Ich bin 1950 in Recklinghausen geboren und 1956 nach Münster gekommen. Dort habe ich bis zum Abitur die Bischöfliche Marienschule – bis heute eine der wenigen Mädchenschulen – besucht. In Münster und Würzburg studierte ich die Fächer Deutsch, Geschichte und Sozialwissenschaften für das Lehramt.

Mit dem Ende meines Studiums habe ich geheiratet und dann nach und nach vier Kinder geboren. Für diese vier Kinder wurde ich zur Familienfrau und habe damit den Beruf einer Lehrerin nicht aktiv ausgeübt. Gleichwohl war die Familienphase für mich der Einstieg in eine aktive ehrenamtliche Arbeitsphase. In Kindergarten und Schule habe ich die Aufgaben der Elternratsvorsitzenden und Schulpflegschaftsvorsitzenden lange Zeit übernommen.

Daneben gewann mein politisches Engagement in der Stadt Münster immer umfangreichere Formen. 1989 wurde ich für die CDU in den Rat der Stadt gewählt. Meine besonderen Arbeitsschwerpunkte waren und sind die Familienpolitik, die Schulpolitik sowie die Politik für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Höhepunkt der kommunalen Arbeit war meine Tätigkeit als Bürgermeisterin der Stadt Münster.

Seit dem Jahr 2000 vertrete ich meine Heimatstadt als direkt gewählte Abgeordnete im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Hier kann ich auf meine langjährigen Erfahrungen in der Kommunalpolitik zurückgreifen und beschäftige mich weiterhin schwerpunktmäßig mit den Bereichen Schule und der Politik für Kinder, Jugend und Familien.

Nach der Landtagswahl im Mai dieses Jahres hat mich meine Fraktion zur Sprecherin in dem in dieser Form neuen Ausschuss für Generationen, Familien und Integration gewählt. In dieser Eigenschaft habe ich jetzt besondere Möglichkeiten, die Politik der CDU-Landtagsfraktion zu gestalten und nach außen darzustellen.

Als Bundesvorsitzende der KED, eines anerkannten Elternverbandes in Deutschland, kommen mir gerade die in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen zugute.



Studien wie die PISA-Studie haben in den letzten Wochen noch einmal deutlich gemacht, dass der Bildungserfolg unserer Kinder in ganz besonderer Weise vom sozialen Umfeld und damit in entscheidendem Maße von dem Elternhause abhängt. Deshalb muss



MdL Marie-Theres Kastner und der
Ministerpräsident des Landes NRW,
Dr. Jürgen Rüttgers

nicht nur auf die Schulen geschaut werden, sondern es müssen auch die Eltern gestärkt werden. Die Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule muss Thema von Schule und Politik werden.

Daher wird es Aufgabe unseres Verbandes sein und bleiben, die Eltern stark zu machen für eine aktive Arbeit mit der Schule. Wir wollen auf der Grundlage unserer christ-

lichen Werte Schule mitgestalten und deshalb die Themen auf die Tagesordnung setzen, die in unserer Bildungslandschaft eine Positionsbeschreibung unsererseits wünschenswert und erforderlich machen. Ich denke da an Themen wie Ganztagschule, religiöse Erziehung in Schule und Kindergarten, Bildungsauftrag des Kindergartens, Fortbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen.

„Niemand soll verloren gehen“. Dieser Leitgedanke treibt mich seit jeher um. Leider gehen in unserem Schulalltag immer noch viele Chancen für unsere Kinder verloren. Das gilt für Kinder mit besonderen Begabungen ebenso wie für Kinder mit besonderem Förderbedarf. Meinem christlichen Selbstverständnis läuft dies jedoch zuwider. Ich fühle mich gerade denjenigen verpflichtet, die besonderer Hilfe bedürfen. Auch hier müssen wir als Elternverband unsere Stimme erheben und uns einbringen.

Mit meinem Einsatz in der KED möchte ich dafür sorgen, dass die Vorstellungen der katholischen Eltern artikuliert, in der Öffentlichkeit gehört und im politischen Handeln berücksichtigt werden. Dabei vertraue ich darauf, dass der mit mir gewählte Vorstand mir ebenso zur Seite steht, wie die vielen Aktiven in den Diözesan- und Landesverbänden. Ich freue mich daher auf einen fruchtbaren Dialog mit Ihnen. Ich wünsche mir offene Diskussionen, die nicht nur die aktuellen Probleme, sondern auch sich andeutende Probleme in der Zukunft aufgreifen. Je aktiver Sie mitarbeiten, je mehr Mitstreiter Sie gewinnen, umso besser ist es für unsere gemeinsame Sache. Ich freue mich über jeden Kontakt!“



Prof. Dr. Patrick A. Puhani und Dipl.-Volkswirtin
Andrea M. Weber, November 2005

Studie zum Effekt des Einschulungsalters auf die Schülerleistung

Kinder, die auf Grund bestehender Regelungen mit ungefähr sieben anstatt mit etwa sechs Jahren eingeschult werden, ziehen daraus langfristige Vorteile. Der Reife-Vorsprung der älteren Erstklässler führt dazu, dass sie am Ende der Grundschulzeit ein deutlich besseres Leseverständnis aufweisen und mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auf ein Gymnasium übergehen. Im Lichte dieser Ergebnisse erscheint der Nutzen einer Politik immer früherer Einschulungszeitpunkte fragwürdig, wenn sie nicht mit einer Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklungsstadien, in denen sich die Kinder befinden, einhergeht.

Die Erkenntnisse basieren auf einer neuen wissenschaftlichen Untersuchung, die von Patrick Puhani und Andrea Weber (beide an der Technischen Universität Darmstadt) durchgeführt wurde. Dabei wurden umfangreiche Schüler-Datensätze, die Informationen zum Einschulungsalter enthalten, ausgewertet. Die Studie berücksichtigt, dass das Einschulungsalter selbst von Eigenschaften der Schülerinnen und Schüler abhängen kann, die einen direkten Effekt auf die spätere schulische Leistung haben. So ist beispielsweise zu vermuten, dass Spät-Eingeschulte häufig Kinder sind, die von Eltern oder Lehrern von vorne herein als weniger leistungsfähig eingestuft werden. Bei einem einfachen Vergleich von Kindern, die mit unterschiedlichem Alter eingeschult werden, würde man vernachlässigen, dass für diese Kinder, auch unabhängig von einem tatsächlichen Effekt des Einschulungsalters, Leistungsdifferenzen zu erwarten sind. Die verwendeten statistischen („ökonometrischen“) Methoden ermöglichen es, die Frage nach der Auswirkung eines höheren Einschulungsalters zu beantworten, ohne dabei einen solch unzulässigen Vergleich zu ziehen.

Es werden unter anderem die Daten der Grundschul-Lese-Untersuchung IGLU für Deutschland herangezogen, um die Auswirkung des Einschulungsalters auf die Ergebnisse in dem im Jahr 2001 durchgeführten Leseverständnistest zu untersuchen. Für die verwertbare Stichprobe von rund 6.600 Viertklässlern zeigt sich, dass später eingeschulte Schülerinnen und Schüler deutlich bessere Testergebnisse erzielen als früher Eingeschulte. Die Ergebnisse werden durch Auswertungen eines Datensatzes bestätigt, der Informationen zu allen Schülerinnen und Schülern enthält, die im Schuljahr 2004/2005 an hessischen Schulen unterrichtet wurden. Für eine Stichprobe von insgesamt 182.676 Kindern, die in den Schuljahren 1997 bis 1999 eingeschult wurden, ergeben die Untersuchungen, dass das Einschulungsalter einen signifikanten Einfluss auf die später besuchte Schulform (z.B. Gymnasium) ausübt.

**Spät-Eingeschulte
mit deutlich
besseren
Testergebnissen**

Die gemessenen Effekte beziehen sich auf Einschulungen, die auf Grundlage gängiger Regelungen erfolgen, für die der Geburtsmonat des Kindes entscheidend ist. So sind zumeist Kinder, die im Herbst oder Winter geboren sind, älter als Kinder in derselben Klassenstufe, deren Geburtstage in die früheren Monate fallen.

Die Plausibilität der Ergebnisse wird auch durch eine kleine Umfrage unter 25 Schulleiterinnen und Schulleitern im Bundesland Hessen bestätigt. Die meisten Befragten beklagten dabei eine mangelnde Schulreife sehr junger Erstklässler, insbesondere bezüglich der Konzentrationsfähigkeit, der Überwindung von Frustration und der Selbstorganisation. ■

**Mangelnde
Schulreife
sehr junger
Erstklässler**

Die vollständige Studie mit dem Titel „Does the Early Bird Catch the Worm? Instrumental Variable Estimates of Educational Effects of Age of School Entry in Germany“ ist unter folgender Internetadresse als PDF-Datei kostenfrei zugänglich: <ftp://ftp.iza.org/dps/dp1827.pdf>

Keine Bildung ohne Werte

Pragmatisch, systematisch und ohne Ideologie – so soll sie aussehen, die künftige Schulpolitik in NRW. „Allerdings ist Erziehung nie wertneutral“, mit dieser Feststellung bezog Schulministerin Barbara Sommer (CDU) bei ihrem ersten Auftritt im Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) deutlich Position für „die christlichen Grundlagen und die Werte der Aufklärung“ als Sockel der Gesellschaft.

In ihrer „kleinen Regierungserklärung“ stellte die neue Schulministerin den Landtagsabgeordneten Eckpfeiler ihrer Arbeit in den nächsten fünf Jahren vor. Das wohl umfangreichste Projekt steht demnach schon im nächsten Frühjahr an, die Novelle des Schulgesetzes. „Unser Ziel ist die Einführung im Sommer 2006“, so Sommer. Außerdem sprach sich die Ministerin für eine „begabtgerechte und individuelle Förderung“ aus und „ganz klar für ein gegliedertes Schulsystem“. Insbesondere die Hauptschule will die neue Regierung demnach „aus dem Schattendasein“ herausholen. Mehr Lehrer und mehr Ganztagsplätze lauteten dabei die Schlagworte im Schulausschuss. Allein in diesem Jahr, verkündete die Ministerin stolz, habe sie trotz Haushaltssperre beim Finanzminister 24 Millionen Euro locker gemacht.

Überhaupt sei die Bildung von der Haushaltssperre weitgehend ausgenommen. Keine Auswirkungen hat sie laut Sommer auf die Arbeit der Volkshochschulen, die 2400 durch Pensionierung frei gewordenen Stellen habe man genauso besetzen können, wie 841 Lehramtsanwärterstellen. Für Vertretungsunterricht stünden den Bezirksregierungen 20 Millionen Euro zur Verfügung und selbst die Lehrerfortbildung sei zu 90 Prozent gesichert.

Ab 2007 müssen sich die Schüler in NRW auf ein Zentralabitur einstellen, die zentralen Prüfungen nach Klasse zehn sind bereits ab 2006 geplant. Englisch, so Sommer, wird in NRW demnächst ab der ersten Klasse unterrichtet. Und auch das Einschulungsalter will sie künftig herabsetzen. „Das können wir monats- oder auch zweimonatsweise machen“, kündigte die Ministerin an.

Einer selbstständigen Schule steht Barbara Sommer übrigens sehr positiv gegenüber, will beispielsweise Schulleiter zu Dienstvorgesetzten der Lehrer machen. Das Modell „Selbstständige Schule“ müsse sich aber ebenso einer Optimierung stellen, ebenso wie das Landesinstitut für Schule in Soest. Hier mangle es an Zusammenarbeit mit den Universitäten.

Flexibler will die Schulministerin künftig das Thema zweiter Berufsschultag handhaben. Hier sei durchaus eine Blockunterrichtslösung denkbar. Kein Pardon ließ sie in Sachen Kopftuch erkennen. Das werde es künftig an Schulen in NRW nicht mehr geben; sie kündigte ein schnelles Verbot an.

Zeitplan

Ob das angesichts der Gleichbehandlung von Religionen verfassungsgemäß ist, daran hegten SPD und Grüne Zweifel. Überhaupt ging die Opposition in der Sitzung mit Ministerin Sommer hart ins Gericht. Zu kurz, eine Aneinanderreihung von Einzelprojekten ohne große Linie, so die Kritik. Amtsvorgängerin Barbara Schäfer (SPD) bescheinigte sogar „ein Armutszeugnis“. Was folgte war ein Sperrfeuer an Detailfragen – vom Grundschulgutachten über mögliche Mehrbelastungen durch Auflösung der Schulbezirke, die Finanzierung von bis zu 13.000 erforderlichen neuen Stellen und die Zukunft der Gesamtschule bis zur Definition des Begriffes Begabung. Insbesondere der, wie gesagt wurde, zu enge Zeitplan für das Schulgesetz stieß auf Kritik. Hier brauche man ein ausführliches parlamentarisches Beratungsverfahren, mahnten SPD und Grüne an.

Das werde es geben, konterten CDU und FDP. Die Regierungsfractionen begrüßten die „sehr klare Rede“ der Ministerin. In den letzten acht Wochen sei mehr angefasst worden als in den fünf Jahren zuvor. „Heute ist nicht der Tag der Details“, mit dieser Bemerkung zeigte sich Ministerin Sommer – zum Ärger der Opposition – nicht bereit, auf die sehr umfangreichen Fragen zu antworten. „Ich habe mir allerdings alle Anregungen und Fragen notiert und werde sie nicht vergessen“, versprach sie. ■

aus: *Landtag Intern*, 14.9.2005



*Barbara Sommer, Ministerin für
Schule und Weiterbildung des Landes
Nordrhein-Westfalen*

Schülerstipendien

Fast jede dritte Schülerin und Schüler in NRW stammt aus Zuwandererfamilien. Aber nur fünf Prozent von ihnen schafft das Abitur. Damit sich das ändert, unterstützt das Land gemeinsam mit der Hertie-Stiftung das Studienprogramm START. Beginnend mit dem Schuljahr 2005/2006 werden erstmals landesweit Stipendien für 45 besonders begabte junge Menschen mit Migrationshintergrund ausgeschrieben. Schulministerin Barbara Sommer (CDU): „Wir dürfen diese Schülerinnen und Schüler nicht vergessen. Viel zu wenig wurde in der Vergangenheit gewürdigt, dass es auch in dieser Gruppe große Begabungspotenziale, soziales Engagement und überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft gibt.“ Auf dem Weg zum Abitur erhalten die Stipendiaten einen PC mit Internetzugang, monatlich 100 Euro Bildungsgeld und kostenlose Beratungsseminare und Bildungsangebote. Bewerbungsunterlagen gibt es unter www.start.ghst.de

November 2005: Landesvorsitzende und Landesgeschäftsführer der KED in NRW im Gespräch mit Ministerin Sommer und Staatssekretär Winands.
Zur Vorbereitung diente dieser Brief ...

Sehr geehrte Frau Ministerin Sommer,

wir bedanken uns für die Einladung zu einem Gespräch mit Ihnen und dem Herrn Staatssekretär Günter Winands am 21.11.d.J. und bestätigen nochmals unser Interesse.

Die Breite der vorgesehenen Tagesordnung lässt keine große Vertiefung in einzelnen Punkten zu, daher möchte ich im Vorfeld bereits einige Präzisierungen und Ergänzungen aus unserer Perspektive einbringen. Es handelt sich hier um Themen, die unser Interesse in besonderer Weise binden.

1. Stichwort: Landeselternbeirat

Nach dem neuen Schulgesetz wird das Ministerium einen Landeselternbeirat berufen. Die Zusammensetzung dieses Landeselternbeirates ist bislang nicht geklärt. Sie haben durchblicken lassen, Vertreter der beim Ministerium anerkannten Elternverbände von erheblicher Bedeutung als Landeselternbeirat zu benennen. Das berücksichtigt sinnvoller Weise die Perspektiven der verschiedenen Elternverbände. Die schulformbezogenen Elternverbände werden vor allem die Interessen ihrer Schulform vertreten. Bildungspolitischer Weitblick und an sachlichen Notwendigkeiten (PISA, IGLU, Finanzfragen, Bildungsbegriff) orientierte Bildungspolitik wird jedoch vorwiegend von den Elternschaften schulformübergreifender Elternverbände vertreten.

2. Stichwort Schuleinzugsbezirke

Die KED in NRW unterstützt ausdrücklich alle Versuche, öffentliche Mittel auch im Bildungsbereich ökonomisch einzusetzen, jede andere Haltung wäre nicht verantwortlich. Das kann auch nicht vor einschneidenden Maßnahmen halt machen.

Wir warnen jedoch im Falle der Aufhebung der Schulbezirke vor den damit verbundenen möglichen Folgen: an einigen Schulen dürften kleine Klassen auf Sollstärke anwachsen. Demgegenüber könnten andere als weniger attraktiv geltende Schulen ausbluten bzw. zu Restschulen verkommen. Schlimmstenfalls führt es zu Gettoisierung und damit zu einer Verschärfung der einkommensabhängigen Bildungschancen.

3. Stichwort Katholische Grundschulen

Völlig unklar erscheint in diesem Zusammenhang die Zukunft der katholischen Bekenntnisgrundschulen. Sie sind in unserem Lande gegenwärtig quasi ein flächendeckendes Angebot, verfügen häufig allerdings nicht mehr über ein erkennbares katholisches Profil, das sie signifikant von öffentlichen Grundschulen unterscheidet.

Wenn der Politik an einem freien und differenzierten Schulwesen gelegen ist, könnte sie das katholisch profilierte Schulwesen finanziell unterstützen, gleichzeitig aber darauf drängen, dass diese Schulen ein erkennbar christliches Profil haben und in ihrer Profilbildung kirchlicherseits unterstützt werden.

4. Stichwort: Unterrichtsausfall und Qualitätsverbesserung

Die KED in NRW heißt die Anstrengungen zur Minimierung des Unterrichtsausfalls, die die neue Landesregierung unternimmt, ausdrücklich willkommen. Wir verbinden in Übereinstimmung mit den die Regierung tragenden Parteien damit die Hoffnung, dass über eine Minimierung des Unterrichtsausfalls eine Qualitätsverbesserung der schulischen Versorgung der Schülerinnen und Schüler erreicht wird.

Auf weitere Möglichkeiten der Qualitätsentwicklung von Unterricht würden wir gerne eingehen: Zahlreiche bürokratische Vorgaben für Lehrer sowie administrative Vorgänge (Anwesenheitslisten, Kontrollmaßnahmen, etc.) lassen erhebliche Spielräume zur Entlastung von Lehrern und in der Folge zur qualitativen Optimierung von Unterricht erkennen. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die entsprechenden Vorstöße der neuen Landesregierung.

Die KED in NRW regt darüber hinaus eine multiprofessionelle Ausstattung von Schulen mit Sozialarbeitern und ggf. Schulpsychologen sowie die ganztägige Beschulung von Schülerinnen und Schülern an.

Beide Maßnahmen ermöglichen, dass sich Lehrer auf ihr „ureigenes Geschäft unterrichten“ beziehen können und von begleitenden pädagogischen Maßnahmen und bürokratischen Notwendigkeiten entlastet werden. Die angekündigten Ausstattungen der Hauptschulen mit weiterem pädagogischem Personal ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Auch die beabsichtigte Einrichtung von Familienzentren, die verschiedenste Beratungsangebote und Begleitungs- wie Betreuungsmaßnahmen für jüngere Kinder bereits im Kindergarten und Grundschulalter koordinieren sollen, wird für sinnvoll gehalten.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Ihre

Dr. Barbara Balbach
-Vorsitzende-



Wiederkehr der Taxi-Mütter?

Koalition verteidigt geplante Abschaffung der Schulbezirke

Die SPD-Fraktion hat davor gewarnt, die Schulbezirke aufzulösen. Entsprechenden Bestrebungen der Regierungsfractionen begegnete sie mit dem Hinweis, bei freier Grundschulwahl bestehe die Gefahr, „dass die Kinder aufgrund egoistischer Elterninteressen um ihr Recht gebracht werden, im gewohnten und vertrauten Lebensraum, möglichst zusammen mit ihnen schon aus dem Kindergarten bekannten Kindern die zuständige Grundschule besuchen zu dürfen“. Der SPD-Antrag (Drs. 14/118) wurde am 1. September in direkter Abstimmung von CDU und FDP abgelehnt.



**Ute Schäfer
(SPD)**

Ute Schäfer (SPD) kritisierte, dass in der Koalitionsvereinbarung die CDU auf die FDP-Forderung eingegangen sei, die Abschaffung der Schulbezirke bis zum Jahr 2008 festzuschreiben. Diese Abschaffung sei auch in der CDU nicht unumstritten, auch die kommunalen Spitzenverbände warnten, weil das die Kommunen bei ihrer schulpolitischen Planung „ins Chaos“ stürzen würde. Ob wirklich gewollt werde, dass die Kinder durch die Gegend gefahren werden, dass sich Schulen für Arme und Reiche entwickeln werden? Schäfer: „Es ist wichtig, dass ein Kind wohnortnah in die Schule geht, weil dieser wohnortnahen Beschulung eine sozialintegrative Funktion zukommt.“ In Bayern, Baden-Württemberg und Hessen – wohin von NRW ja so gerne geschaut werde – komme niemand auf die Idee, die Schulbezirke aufzulösen.



**Klaus Kaiser
(CDU)**

Klaus Kaiser (CDU) entgegnete, es sei eine Illusion zu glauben, den Problemen im Grundschulbereich ist beizukommen, ohne über die Schulbezirke zu reden. Deren Aufhebung werde ein hilfreiches Steuerungsinstrument sein, um auf die demographische Entwicklung zu reagieren und um durch mehr Wettbewerb Qualitätsverbesserung zu erreichen, um Grundschulen unterschiedlich zu profilieren. Auch die zunehmende Segregation in Ballungsgebieten erfordere im Grundschulbereich Handlungskonzepte. Schluss sein müsse auch damit, dass Schulen mit vielen Kindern aus Migrantenfamilien die gleiche Personalausstattung erhalten wie gleich große ohne diese Herausforderung. Dafür werde die CDU sorgen, dass die Schule, die die schwierigeren Ausgangsbedingungen hat, „gleiche Chancen durch verbesserte Unterrichts- und Schulbedingungen bekommt“.



**Sigrid Beer
(GRÜNE)**

Sigrid Beer (GRÜNE) zitierte aus der Studie eines Frankfurter Erziehungswissenschaftlers, dass die Freigabe der Schuleingangsbezirke im Rhein-Main-Gebiet nicht zu einer Qualitätssteigerung durch Marktmechanismen, wie sie die FDP anstrebe, sondern zur sozialen Gettoisierung geführt hat. Wenn es gelinge, die besonderen Bedingungen von Schulen durch besondere Unterstützung und Ressourcen auszugleichen, dann brauche man auch die Aufhebung der Bezirke nicht mehr. Es sei auch keine Stärkung des Elternrechts – im Gegenteil: „Sie privilegieren nur wenige und lassen den Rest, das sind in der Regel die

sozial Schwächeren und diejenigen, die keine Möglichkeit haben, ihre Kinder morgens als Taxi-Mütter durch die Gegend zu kutschieren, im Regen stehen, was die Qualitätsentwicklung der Schulen vor Ort angeht.“

Ralf Witzel (FDP) kündigte an: „Wir werden in Nordrhein-Westfalen ein Schulranking einführen, und wir werden die freie Schulwahl umsetzen, weil wir der Auffassung sind, dass wir unser Bildungssystem nach vorne bringen müssen.“ Es werde zu einem beispiellosen Paradigmenwechsel kommen, „weil wir der Auffassung sind, dass eine schulische Wettbewerbslandschaft besser ist, in der Schüler zu Marktteilnehmern werden, in der ein Qualitätswettbewerb um das beste Angebot stattfindet, in der sich Schulen anstrengen, ihre Resultate zu verbessern und dafür die notwendige Unterstützung des Staates erfahren, um dieses Ziel zu erreichen.“

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) betonte, die Abschaffung der Schulbezirke werde mit großer Sorgfalt und in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden vorbereitet. Auch schon heute gebe es Mittel und Wege, dass Eltern ihre Kinder in vermeintlich besseren Grundschulen eines anderen Schulbezirks anmelden könnten. Diese Ausnahmen würden meist nicht von bildungsfernen und sozial benachteiligten, sondern von bildungsnahen Familien genutzt. Inso-

fern sei die Abschaffung der Bezirke auch die Abschaffung eines Stücks Ungerechtigkeit und einer unnötigen Genehmigungsbürokratie, stellte die Ministerin fest. Sommer: „Es wird nach meiner festen Erwartung auch zukünftig so sein, dass eine bestimmte Schule für ein bestimmtes Gebiet zuständig ist. Nur wollen wir es den Eltern freistellen, ihr Kind auch an einer anderen Schule anzumelden, ohne dass sie sich dafür rechtfertigen müssen.“ Aber auch: „Höhere Kosten für die Schülerbeförderung müssen dann die Eltern und nicht die Allgemeinheit tragen.“ ■

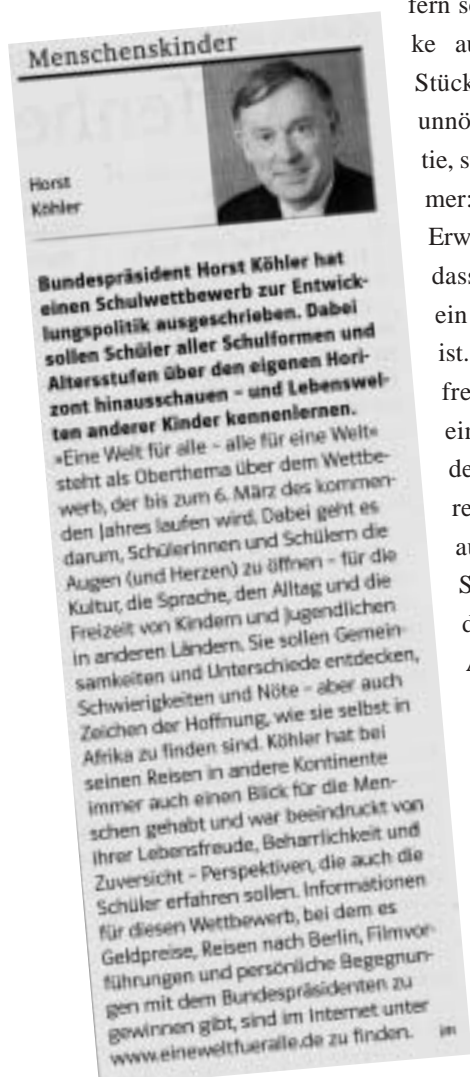
aus: *Landtag Intern*,
14.9.2005



Ralf Witzel
(FDP)



Schulministerin
Barbara Sommer
(CDU)



„Religion und Politik kann man nicht immer ganz trennen“

Vor einigen Wochen befragten sie im Rahmen eines sozialwissenschaftlichen Projekts bereits deutsche Spitzenpolitiker von Franz Müntefering bis Volker Kauder – jetzt gelang es einigen Schülern des Attendorner St.-Ursula-Gymnasiums sogar, einen Kardinal der römischen Kurie vor Kamera und Mikrofon zu bekommen.



Eigentlich hatten Julian Hageböck, Anna Carla Kugelmeier, Stefan Röben und Inga Schörmann, begleitet von ihrem Lehrer Frank Kugelmeier, ja sogar den Papst interviewen wollen. Dessen Terminkalender war jedoch, wie sich denken lässt, gesteckt voll. Gesprächsbereit zeigte sich hingegen Walter Kardinal Kasper, der Vorsitzende des „Päpstlichen Rats zur Förderung der Einheit der Christen“. Am Rande einer Veranstaltung des Weltjugendtags stellte er sich am Mittwoch (17.8.) in Düsseldorf den – vorwiegend politischen – Fragen der Jugendlichen.

Er selbst, so der Kardinal, sehe sich zwar nicht als „Außenpolitiker des Vatikan“, doch könne man Religion und Politik nicht immer ganz trennen. Das zeige sich beispielsweise an der kritischen Haltung, die Papst Johannes Paul II. gegenüber dem Irak-Krieg eingenommen habe: „Frieden ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein moralisches Problem. Da geht es um die Gerechtigkeit zwischen den Völkern.“

Kritisch äußerte sich Kasper vor diesem Hintergrund zur Globalisierung. Wie überall gebe es hier Licht- und Schattenseiten. Neben dem Positiven, dass „die Grenzen zwischen den Völkern verschwinden“, sehe er das Problem einer einseitig ökonomisch ausgerichteten Welt. Demgegenüber habe der verstorbene Papst immer auch die „Globalisierung der Solidarität“ eingefordert.

Franz Münteferings Kritik an bestimmten Auswüchsen des globalen Kapitalismus kann der Kardinal durchaus nachvollziehen: „Ein einseitiger, am Profit orientierter Kapitalismus ist im Grunde eine unethische Haltung. Da kommt etwas Gemeinsames bei dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei und den kirchlichen Anliegen zum Ausdruck. Das ist Gegenstand der kirchlichen Soziallehre.“



Angesprochen auf die Frage, wie die hierarchische Struktur der katholischen Kirche mit den weltweiten Demokratisierungsprozessen zusammenpasse, bezog Kasper deutlich Stellung: Demokratie sei heutzutage die alleinig akzeptable Staatsform. Allerdings könne man sie nicht auf alle Lebensbereiche übertragen. Zum Beispiel könne man eine Armee und auch ein Wirtschaftsunternehmen nicht in dem Sinne demokratisch führen, dass man ständig alle Mitarbeiter befrage. So sei

auch die Kirche keine Demokratie. Das schließe allerdings Mitsprache und Mitbestimmung nicht aus. Im Gegenteil: Er könne sich eine Stärkung der Pfarrgemeinde- und Diözesanräte vorstellen. Im Übrigen habe er den Eindruck, dass der neue Papst in dieser Hinsicht auch die Prozeduren der Weltbischofssynode verbessern wolle.

Auf die Frage, welches Ziel er sofort verwirklichen würde, wenn er einen politischen Wunsch frei hätte, antwortete Walter Kasper nachdenklich. Seine ganz große politische Option sei die Solidarität mit den armen und unterdrückten Völkern. Wenn in Afrika Kinder verhungerten, während zugleich die Industrienationen nicht wüssten, was sie mit ihren überschüssigen Nahrungsmitteln anfangen sollten, dann sei das unverantwortlich. Der Kardinal wörtlich: „Das kann keine gerechte Welt sein.“ ■

Neue Vorsitzende der Schulpflegschaften Katholischer Schulen im Erzbistum Paderborn

Die Elternvertretungen katholischer Schulen in freier Trägerschaft im Erzbistum Paderborn haben bei ihrer kürzlichen Zusammenkunft im Hagener Hildegardisgymnasium ein neues Sprecherteam gewählt. 1. Vorsitzende ist nun Frau Dr. Benita Olbert (Franziskusgymnasium Olpe), Stellvertreter Herr Volker Engelmann (Marienrealschule Brilon).

Die gewählten Schulpflegschaftsvorsitzenden repräsentieren die Elternschaften von derzeit 24 katholischen Gymnasien, Realschulen und Berufskollegs im Erzbistum Paderborn, die von fast 24000 Schülerinnen und Schülern besucht werden.

Seit Jahren kommen sie regelmäßig in einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, die sie u.a.

- als Plattform für einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch;
- als Forum der Meinungsbildung und Positionierung;
- als Artikulationsgremium gegenüber Politik, Öffentlichkeit und Trägern nutzen.

Zuletzt wurden hier erfolgreich u.a. Unterschriften- und Protestaktionen gegen die (inzwischen wieder zurückgenommen) NRW – Kürzungsbeschlüsse bei der Ersatzschulfinanzierung vorbereitet und koordiniert.

„Wir wollen auch zukünftig engagiert und partnerschaftlich an der Ausgestaltung des speziellen Profils der Katholische Schulen mitarbeiten“, sagte Frau Dr. Olbert. Deren Versprechen einer besonderen Erziehungspartnerschaft von Eltern und Lehrern soll beim weiteren Ausbau des Elternengagements aufgegriffen werden.

Die Geschäftsführung der AG wird durch die Katholische Elternschaft Deutschlands (KED), Diözesanverband Paderborn, wahrgenommen. ■

Pressemitteilung von R. Gottwald, KED-Geschäftsführer, 24.11.05

Bundestagspräsidentin a. D. Rita Süßmuth wendet sich von der dreigliedrigen Schule ab. Das „ständige Schulwesen“ wird einer Wissensgesellschaft nicht gerecht. Die CDU-Politikerin will eine Lernkultur, in der wir bei den Stärken der Schüler ansetzen.

„Jeden einzelnen Schüler fördern“

taz: Frau Süßmuth, Sie unterstützen die neue Länger-lernen-Initiative. Was heißt „länger gemeinsam lernen“?

Rita Süßmuth: Unser Ziel ist, dass die Schule die Kinder künftig weniger früh voneinander trennt. Heute werden Schüler in der Regel nach der vierten Klasse auf unterschiedliche Schultypen aufgeteilt. Statt dieser harten Übergänge wollen wir uns um ein fließendes Umsteigen bemühen. Das Bildungssystem muss durchlässiger werden.

Sie wollen den Kardinalstreit um die dreigliedrige Schule wieder anheizen?

Nein, das wollen wir ausdrücklich nicht. Wir wollen nicht die leidige Strukturdebatte neu führen. Da gehen die Jalousien der Menschen sofort runter. Uns interessiert das Wohl des Kindes. Wie kann eine bessere individuelle Förderung jetzt sofort beginnen, heißt die Frage. Denn in dieser Disziplin sind die deutschen Schulen nachweislich nicht besonders gut.

Warum jetzt sofort?

Ein Viertel der Jugendlichen ist nur bedingt ausbildungsfähig. Das wissen die Handwerksbetriebe schon lang. Die internationale PISA-Studie hat dafür nun zum zweiten Mal eine Art empirischen Beweis geliefert. 25 Prozent Risikoschüler, dieser Tatbestand hört sich für viele offenbar wie eine nüchterne Zahl an. In Wahrheit verbirgt sich dahinter ein gesellschaftlicher Skandal: Wir verbauen einem Viertel der jungen Leute den Weg in die Zukunft. Das muss sich ändern. Das schulden wir dem einzelnen Kind, und wir schulden es uns als Gesellschaft.

Was ändert es, die gemeinsame Schulzeit auf neun Jahre auszudehnen?

Es geht gar nicht so sehr um die Zeit. Ein anderer Unterricht ist das Ziel. Der Mythos hinter dem deutschen Ausleseprinzip heißt homogene Lerngruppe. Es herrscht immer noch die Annahme, dass man durch rechtzeitiges Sortieren der Schüler homogene Gruppen schaffe und es dadurch Einheitlichkeit im Klassenzimmer gebe.

Und die gibt es nicht?

Nein, die Forschung zeigt uns: Durchwegs uniforme Lerngruppen gibt es gar nicht, auch dann nicht, wenn ich etwa nur hoch begabte SchülerInnen zusammensetze. Auch dort herrscht Vielfalt, jeder Lerner ist einzigartig. Die Schule muss endlich verstehen, dass heterogene Gruppen mehr und besser lernen.

Aber unsere PISA-Ergebnisse verbessern sich. So erklären es uns die Kultusminister.

Niemand will an den relativ guten bayerischen PISA-Resultaten herumdeuteln. Nur ist es doch so: Wenn die Annahme wirklich stimmte, dass man in homogenen Gruppen am besten lernt, dann müsste Deutschland ganz vorne beim Weltvergleich des Lernens stehen. So ist es aber nicht. Im Gegenteil: Andere Länder, die das Prinzip Vielfalt in der Klasse anwenden, stehen weit vor uns – gerade was die Zahl der Risikoschüler betrifft.

Das individualisierte Lernen ist ein Fetisch geworden. Wie geht das eigentlich?

Wir müssen jedes Kind da abholen, wo es steht, und jedes Kind steht eben woanders. Am besten ist es, die Stärken des einzelnen Schülers zu suchen. Bislang ist das Schulsystem – ich sage ausdrücklich das System, nicht der Lehrer – darauf geeicht, bei den Schwächen des Schülers anzusetzen und ihn in die einzelnen Schultypen einzuteilen.

Wie heißt das neue Prinzip?

Von den Stärken ausgehen – und dann individualisieren. Wo sind die Talente, wie kann ich den Prozess fördern, dass der einzelne Schüler sich weiterentwickelt?

Wie soll das gehen in Klassen mit 25 bis 30 Kindern?

Indem man die Klassen in Kleingruppen aufteilt. Immer wieder muss die Klasse in Gruppen differenziert werden. Das unterscheidet sich von Fach zu Fach, von Lernsituation zu Lernsituation. Finnische Lehrer sind, so viel wissen wir, wahre Künstler darin, sich ihre Lerngruppen immer neu und individuell zusammenzustellen.

Eine enorme Anforderung an die Lehrer!

Aber es geht. Das zeigen viele Grundschullehrerinnen tagtäglich. Der Lernansatz des Binnendifferenzierens fehlt heute weitgehend in unserem Schulsystem. Dabei gab es diese Didaktik früher in den Volksschulen, wo alle Lernniveaus in einem Raum versammelt waren.

Welchen Namen hat diese neue Schule?

Die meisten Schulen international haben verschiedene Formen des comprehensive learning. In Deutschland kommen wir aber mit dem Begriff der Gesamtschule nicht weiter. Da sind die bitteren Erfahrungen aus dem Schulkampf der 70er-Jahre noch zu frisch. Wir wollen mit unserer Initiative nicht wieder in die alten Gräben hinein. Deswegen sprechen wir von „länger gemeinsam lernen“. Im Mittelpunkt steht eine andere Art des Lernens. Wenn heterogene Lerngruppen erst einmal bessere Ergebnisse als die pseudohomogenen erzielen, stellt sich die Strukturfrage ganz neu und anders.

Das klingt diplomatisch – und verkleistert einmal mehr, dass die deutsche Schule ein pädagogisches Apartheidssystem darstellt.

Wir haben in Deutschland ein ständisches Schulwesen. Die Hauptschule entspricht der früheren Volksschule fürs gemeine Volk. Die



Realschule nimmt die Mittelschicht auf, das Gymnasium wendet sich an eine Bildungsoberklasse. So sieht, wenig überzeichnet, die heutige Schulstruktur aus. Und die reicht nicht mehr für eine Wissensgesellschaft mit einer dramatisch sich beschleunigenden Alterung. Wir müssen jeden einzelnen Schüler voranbringen, weil wir jeden später als Bürger und als Finanzier des Sozialsystems brauchen. Wir können uns die dreigliedrige Schule schlicht nicht mehr leisten. Die Ersten, die das erkannt haben, sind die Unternehmen.

Aber wie wollen Sie das institutionell voranbringen? Die Kultusminister fechten einen harten Kampf gegen das, was sie erreichen wollen.

Es wird ein langer Weg. Die Debatte um die Schulformen ist immer noch völlig verkrustet, ich weiß das. Gerade deshalb brauchen wir eine Reformbewegung, die von innen heraus zeigt, dass auch hoch begabte SchülerInnen durch inneres Differenzieren in der Klasse noch besser gefördert werden, als wenn man sie in eine Spezialschule steckt. Diese Bewegung wird deutlich machen, dass die Kinder durch eine andere, individuelle Lernförderung weiterkommen als im traditionellen System.

Welche Rolle spielt PISA dabei?

Jenseits aller Details heißt die erschütternde Botschaft von PISA: Ihr beginnt zu spät mit dem Lernen – und ihr sortiert die Schüler zu früh. In keinem System der Welt ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, zwischen Elternhaus und Bildungschancen so hoch.

Wenn Sie ein so großes Rad drehen wollen, wäre es dann nicht notwendig, andere Bündnispartner zu gewinnen?

Die Initiative ist schon jetzt sehr weit gespannt, auch die Eltern sind ja etwa über den Bundeselternrat mit von der Partie. Aber unser Netz wird sich um soziale Institutionen und Partner aus der Wirtschaft erweitern. Daran sind das Handwerk und die Industrie sehr interessiert. ■

aus: taz, 28.9.05, Interview Christian Füller

UNSER FILMTIPP: Die große Stille

Sehnsucht nach Stille. Auf den Spuren der cartusianischen Spiritualität dreht Filmemacher Philip Gröning vier Monate in der legendären Grande Chartreuse, dem Mutterkloster des Karthäuserordens.

Die Abkehr von allem Weltlichen eröffnet neue Wege zum Licht. Wie leben Menschen, die ihre gesamte Lebenszeit in aller Klarheit Gott gewidmet haben? Welche Bedeutung hat der Wechsel der Jahreszeiten, wenn jeder Tag aus dem selben Rhythmus aus Gebet und Stille und der Wiederholung von beidem besteht?

Mehr zu dem faszinierenden Film unter www.die-grosse-stille.de



Wie Eltern mit ihrem Ehrgeiz Lehrer und Schulleitung lähmen. Ein Erfahrungsbericht von Jörg Lau.

Gnade für die Pauker

Der Elternabend gehört zu den merkwürdigsten Ritualen unserer Gesellschaft. Schon das Setting hat etwas Bizarres an sich, vor allem in den ersten Klassen. Gut dreißig Erziehungsberechtigte quetschen sich hinter winzige Tische und auf viel zu schmale Stühle. Man schaut sich verdutzt um: Hier also verbringen die Kleinen jetzt ein Gutteil ihres Lebens, hier haben sie ihre neuen Freunde kennen gelernt, hier kommt all das neue Wissen her, das sie zu Hause so rührend neunmalklug zum Besten geben.

In Stolz und Neugier der Eltern mischen sich auch weniger angenehme Gefühle. Verlustangst etwa, denn in dieser neuen Lebenswelt ihres Kindes sind die Eltern nur noch begleitend und beratend erwünscht. Erste Statuskonflikte zwischen den Eltern brechen auf, und unterschiedliche Erziehungsstile krachen aufeinander wie einst religiöse Überzeugungen. Und so mancher sieht sich offenbar durch die erzwungene krumme Pennäler-Haltung in eigene alte Schuldramen zurückversetzt fast wie in einen dieser Alpträume, in denen man die Prüfungen der Kindheit noch einmal bestehen muss.

Irgendetwas läuft schief im Verhältnis zwischen Eltern und Schule. Dieser Verdacht kam mir zum ersten Mal, als eine Mutter bei unserem ersten Elternabend vorsichtig um Rat fragte. Ob man es für vertretbar halte, dass sie ihren Sohn schon in der ersten Klasse allein zur Schule gehen lasse. Er wünsche es so, und es handele sich auch nur um wenige hundert Meter, abgesichert durch Schülerlotsen. Was geschah? Die anderen Eltern machten der Mutter nicht etwa Mut und gratulierten ihr zur Selbstständigkeit ihres Jungen. Im Gegenteil, man bearbeitete die arme Frau derart heftig mit Bedenken und Gruselgeschichten über verunglückte oder entführte Kinder, bis sie schuldbewusst ihre Frage zurückzog.

Die Mutter hatte durch Gelassenheit provoziert. Sie hatte Unterstützung gesucht und war niedergemacht worden. Auf mich wirkte die Szene verstörend nicht der geäußerten Bedenken wegen, sondern wegen der lustvollen Weise, in der sie ausgebreitet wurden, bis am Ende ein Klima der Angst und des Misstrauens entstanden war. Am selben Abend beharkten sich zwei Elternpaare so lange über die Frage, ob man Kindern Süßigkeiten in die Lunchbox mitgeben dürfe, bis ein Status wechselseitiger Verachtung erreicht war.

Als Konsequenz daraus habe ich mich in jedes Gremium wählen lassen, für das ich in Frage kam. Intuition und Zeitungslektüre sagten mir damals, dass die Ursachen für die Probleme unseres Schulsystems bei Lehrern, Schulleitern und erstarrten Strukturen zu suchen seien. Nach vielen Abenden in diversen Gremien der schulischen Selbstverwaltung

Gut dreißig Erziehungsberechtigte quetschen sich hinter winzige Tische ...

Irgendetwas läuft schief im Verhältnis zwischen Eltern und Schule.

Ursachen für die Probleme unseres Schulsystems seien bei Lehrern, Schulleitern und erstarrten Strukturen zu suchen.

Die Eltern sind ebenso das Problem.

von der Gesamtelternversammlung bis zur „Steuerungsgruppe Schulprogramm“ weiß ich: Die Eltern sind ebenso das Problem. Sie vergiften die Atmosphäre durch eine lähmende Mischung von übertriebenem Ehrgeiz und präventiver Verzagtheit.

Seitdem finde ich mich zum eigenen Erstaunen oft in der Rolle, Lehrer und Schulleitung gegen die Attacken destruktiver Eltern in Schutz zu nehmen. Ja, man muss es so zugespitzt sagen: Die Institution Schule muss heute manchmal gegen die Eltern verteidigt werden.

Elternversammlungen sind oft von einer angstvollen Beklommenheit geprägt.

Dabei ist unsere Schule im bürgerlichen Berliner Westen alles andere als eine Problemschule. Selbst aus weit entfernten Stadtbezirken versuchen Eltern, ihre Kinder dort anzumelden. Eine geheime Umfrage unter den Schülern ergab, dass nur ganze neun von fast 500 Kindern hier „nicht gerne in die Schule gehen“. Und dennoch sind Elternversammlungen oft von einer angstvollen Beklommenheit geprägt, die immer wieder in Feindseligkeit gegen andere Eltern, vor allem aber gegen die Lehrer umschlagen kann.

Selbst innovative Reformansätze werden erst einmal heruntergemacht. So hat die Schule als eine Reaktion auf die PISA-Ergebnisse so genannte Lernclubs eingerichtet, in denen leistungsschwache Kinder, aber auch unterforderte Hochbegabte Extraunterricht bekommen. Man sollte meinen, dass die Eltern eine solche lange geforderte individuelle Förderung begrüßen. Doch Herr W., seit 15 Jahren Direktor an der Schule, erlebt erstaunlicherweise das Gegenteil. Was als Hilfe gemeint ist, steht erst einmal unter dem Verdacht der diskriminierenden Selektion. „„Warum muss mein Kind da rein?“, fragen mich manche Eltern vorwurfsvoll, ohne sich erst mal kundig zu machen“, sagt Herr W.

Der Elternabend wird zum Tribunal, der Lehrer zum Angeklagten

Herr W. ist ein aufgeschlossener Reformier. Aber gelegentlich beschleicht ihn der Wunsch, eine Debatte einmal einfach abbrechen zu können. Zum Beispiel forderten die Eltern zu Recht, sagt er, die Schule solle nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch Werte. Notiere dann aber eine Kollegin „Bitte nächstes Mal sauberer schreiben“ unter einer Hausaufgabe, beschwerten die Eltern sich, dies sei demotivierend für ihr Kind. Dabei erleben die Lehrer, dass die Kinder gerechtfertigte Kritik meist sehr gut vertragen können. „Oft machen erst die überaus ehrgeizigen Eltern die Sache zum Problem“, sagt Herr W. „Es bleibt aber die Aufgabe der Eltern, dem Kind zu erklären, dass ein Misserfolg noch kein Urteil über seine Person ist.“

Manche Elternverhalten sich, als müssten sie ihren Nachwuchs vor der Schule beschützen.

Das neue Berliner Schulgesetz eröffnet den Eltern weitreichende Mitwirkungsmöglichkeiten. So begrüßenswert diese Öffnung ist, manche betrachten die Einladung zur Mitwirkung als Lizenz, die pädagogischen Konzepte der Schule von Beginn an infrage zu stellen, und verhalten sich, als müssten sie ihren Nachwuchs vor der Schule und ihren Anforderungen beschützen. So stellte kürzlich die Klassenlehrerin

einer meiner Töchter auf einem Elternabend ein Testdiktat vor, das sie laut Lehrplan bald mit der Klasse durchführen muss. Es handelte sich in der Tat um einen überraschend schweren Text. Die Lehrerin aber gab sich zuversichtlich: „Sie werden sehen, wir schaffen das!“

Sie hatte wohl gehofft, den Stolz der Eltern zu wecken, dass ihre Kleinen nach kaum anderthalb Jahren schon so schwere Aufgaben lösen können. Doch die Wortführer fielen ihr mit mutloser Bedenkenträgerei in den Rücken. Ob denn solcher Druck sein müsse? Ob man den Text etwa auch noch zu Hause üben solle? Ob die Bewertung ins Zeugnis eingehe?

Die Lehrerin fand sich auf der Anklagebank wieder. Es war nicht das erst Mal. Ich habe mehrere Elternabende erlebt, bei denen die Lehrerin sich vor den Erziehungsberechtigten wie vor einem Tribunal zu rechtfertigen hatte. Ob ihr nicht klar sei, dass sie mit ihren Rotstiftmarkierungen die Kinder traumatisiere, wollte eine Mutter allen Ernstes wissen. Ob ihr nicht bekannt sei, welche Methoden die Montessori-Pädagogik entwickelt habe, fragte drohend eine andere. Eine dritte fürchtete, die zu hohe Hausaufgabenlast werde ihr Kind demotivieren und für den Rest des Schullebens schädigen. Eine vierte wünschte sich „einfach mehr Lob“ für die Kinder.

Als die Lehrerin in freundlich-bestimmtem Ton zu verstehen gab, dass man ihr zutrauen müsse, das rechte Augenmaß bei der Belastung und Belobigung der Kinder zu wahren eine unvollständige Hausaufgabe sei übrigens kein Unglück, kam es zum Eklat. Das Beharren auf der professionellen Urteilskraft wurde der Lehrerin als undemokratische Gesprächsverweigerung ausgelegt.

Die große Mehrheit, die mit der Arbeit der Lehrerin hoch zufrieden war, sah sich einer aggressiven Gruppe von Kritikern gegenüber, die den Elternabend zu einen Kampf um Anerkennung umfunktionieren wollte. Die Lehrerin sollte gefügig gemacht werden. Die Wortführerin der Frondeure nutzte deren blank liegende Nerven dazu, sie coram publico zu demütigen: „Geben Sie doch zu, Sie sind überfordert!“ Im Lauf der Debatte stellte sich freilich heraus, dass eher die Mutter überfordert war. Sie hatte ihr Kind an 50 Tagen die Schule versäumen lassen. Die Klassenlehrerin hatte die Fehltage ins Klassenbuch eingetragen, wie es ihre Pflicht war. Die Mutter wiederum stellt dies als „Mobbing“ dar. Sie selbst habe doch nur auf die Schulangst ihrer Tochter reagiert, für die ja wohl die Lehrerin verantwortlich sei. Jetzt hat sie das Schulamt eingeschaltet.

Die Mutter, die ihre Tochter zur Geisel des Machtkampfs macht, ist kein Einzelfall. Überengagement und Vernachlässigung gehen nicht nur in diesem Fall Hand in Hand. Der Direktor weiß von Fällen zu erzählen, in denen Schüler mit Verletzungen zur Schule gebracht wurden, offenbar in der Erwartung, das Kind am Abend ärztlich versorgt, gewaschen und gekämmt wieder aus der Ganztagschule abholen zu können.

Das Beharren auf der professionellen Urteilskraft wurde der Lehrerin als undemokratische Gesprächsverweigerung ausgelegt.

Herr W. ist ein begeisterter Verfechter der Ganztagschule. Er sieht aber auch mit Sorge, dass Erziehungsaufgaben bei der Schule abgeladen werden vom Binden der Schnürsenkel über das korrekte Essen mit Messer und Gabel bis zu sozialen Grundkompetenzen wie dem Einhalten von Regeln und Absprachen.

Niemand redet gern davon, dass selbst eine sehr gut geführte Ganztagschule für die Eltern eine zwiespältige Sache sein kann: Sie nehmen ihre Leistungen zwar gern in Anspruch, weil sie Beruf und Familie besser vereinbaren können. Doch den neuen Lebensraum ihrer Kinder beäugen sie ein wenig auch aus schlechtem Gewissen wegen der eigenen Abwesenheit oft überaus argwöhnisch. So kommt es zu einer Situation, in der die Schule mit immer mehr Erziehungsfunktionen befrachtet wird, während ihr gleichzeitig von den Eltern die wichtigste Ressource entzogen wird: Vertrauen in die Institution Schule, in den guten Willen und die Kompetenz der Lehrer.

**Vertrauen in die
Institution Schule,
in den guten Willen
und die Kompetenz
der Lehrer.**

Betütern bis in die Klasse hinein ist ein Akt der Aggression gegen die Kinder

Ebenso fehlt vielen Eltern das Vertrauen in ihre Kinder, sie eigene Erfahrungen machen zu lassen, auch auf die Gefahr hin, Unerfreuliches zu erleben. Nervös kreisen sie eingriffsbereit um die Kleinen und berauben sie so der aufregenden Erlebnisse auf dem langen Weg zur Selbstständigkeit. Nach jeder Schulhof-Rempelei kommen sie mit Forderungen nach Gewalt-Präventionsprogrammen. Und wenn das Kind die Hausaufgaben nicht schafft, kann dies nur an der pädagogischen Inkompetenz des Lehrers liegen, nicht etwa an mangelnder Unterstützung zu Hause oder einfach daran, dass das Kind eine schlechte Phase hat.

**Die Lehrer brauchen
die Unterstützung
der schweigenden
Mehrheit der vernünftigen Eltern**

Das Sinnbild fataler Überbehütung liefern die vielen Ranzenträger-Eltern, die allmorgendlich ihre Kinder bis in die Klasse hinein betütern. Sie spionieren im Klassenraum („Herr Meier war noch nicht da“) und auf dem Schulgelände („Wo ist eigentlich die Pausen-Aufsicht?“). Gerne stehen die Ranzenträger-Eltern nachher noch zusammen vor dem Schultor und klatschen ausgiebig über die Lehrer. Sie scheinen sich nicht bewusst zu sein, dass ihr Verhalten eigentlich eine Aggression gegen die eigenen Kinder ist, denen sie mit ihrer Einmischung ein Stück ihrer neu gewonnenen Autonomie wegnehmen.

Und die Lehrer: Sie brauchen die Unterstützung der meist schweigenden Mehrheit der vernünftigen und gesprächsfähigen Eltern. In unserer Klasse wurde die Stimmung erst durch eine Unterschriftensammlung für die Lehrerin besser. Es zeigte sich, dass fast alle Eltern hinter ihr standen. So weit muss es nicht kommen. Vielleicht sollte man sich gelegentlich in Abwandlung einer alten Kampagne die Frage stellen: Haben Sie heute Ihren Lehrer schon gelobt? ■

aus: Die Zeit, 43/2005

Schlechte Schüler sehen mehr fern

Eine neue Studie soll die These stützen, nach der Kinder in der Schule schlechter werden, wenn sie viel Zeit vor dem Bildschirm verbringen. Studienleiter Pfeiffer glaubt: „Ein Übermaß an Medienkonsum macht dick, dumm, krank und traurig.“

Für die Untersuchung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) wurden laut SPIEGEL 23.000 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 15 Jahren befragt. Das Ergebnis: Je mehr Zeit sie vor dem Fernseher oder der Playstation verbringen, desto schlechter sind die Noten.

Der unterschiedliche Medienkonsum liefert laut KFN-Chef Christian Pfeiffer auch einen Erklärungsansatz dafür, dass der Süden Deutschlands in der PISA-Studie besser abschneidet als der Norden – und dafür, dass mehr Mädchen als Jungen und im Vergleich zu Ausländern überproportional viele Deutsche Gymnasien besuchen. Denn einen eigenen Fernseher im Zimmer hat nur jedes dritte Mädchen, aber fast jeder zweite Junge. Eine Spielkonsole besitzen knapp 40 Prozent der Jungen, aber nur 16 Prozent der Mädchen. Von den Migrantenkinder im Alter von zehn Jahren haben 51,3 Prozent ein eigenes TV-Gerät und 43,3 Prozent eine eigene Spielkonsole im Zimmer, bei den Deutschen sind es nur 31,9 respektive 22,3 Prozent. Und während in Dortmund mehr als die Hälfte der Kinder im eigenen Raum fernsieht, ist es in München nur ein Fünftel.

Kinder auf Hauptschulen sitzen nach der KFN-Untersuchung mehr als doppelt so lang vor Bildschirmen wie Gymnasiasten. Hinzu komme, dass Kinder mit eigenen Unterhaltungsgeräten viel häufiger verbotene Sendungen oder Spiele mit hohem Gewaltanteil sehen. ■

*aus: SPIEGEL ONLINE,
24. September 2005*



Die Arbeit der KED in NRW spiegelt sich unter anderem in der Erstellung von Stellungnahmen zu schulpolitischen Fragen, die Sie auf der Internetseite www.bistummuenster.de unter Schule + Erziehung > Schulpastoral > Eltern und Schule finden. Gesetzestexte zum Thema Schule finden sich auf der Seite www.bildungsportal.nrw.de

Herausgeber:

**Katholische Elternschaft Deutschlands
KED in NRW – Landesverband**

Kardinal-von-Galen-Ring 55
48149 Münster
Telefon: (0251) 495-404
E-Mail: ked@bistum-muenster.de

Der KED Kurier – die Mitgliederinformation der KED in NRW – erscheint dreimal im Jahr und ist erhältlich bei der KED in NRW oder bei der KED in Ihrem Bistum.

KED IM BISTUM AACHEN e.V.

Bettrather Straße 22
41061 Mönchengladbach
Telefon: (02161) 84 94 99
oder Telefon: (02161) 8 81 51
Telefax: (02161) 5754775
E-Mail: ked-bistum-aachen@t-online.de

KED IM BISTUM ESSEN

Krusestraße 15
46238 Bottrop
Telefon: (02041) 73 01 21

KED IM ERZBISTUM KÖLN e.V.

(Wegen Umzug im Moment nur postalisch zu erreichen)
Vorgebirgsstraße 6
50677 Köln

KED IM BISTUM MÜNSTER

Kardinal-von-Galen-Ring 55
48149 Münster
Telefon: (0251) 495-404
E-Mail: ked@bistum-muenster.de

**FdK / KED IM
ERZBISTUM PADERBORN e.V.**

Domplatz 3
33098 Paderborn
Telefon: (05251) 125-217
Telefax: (05251) 125-470